

Persönliche Stellungnahme

Von Patrizia Pettke, EX-IN-Genesungsbegleiterin und Betroffenen-Vertreterin im GPV/ Arbeitskreis gemeindenaher Psychiatrie Kreis Stormarn und Mitglied der Aktionsgemeinschaft Handlungsplan-SH

An die

Vorsitzende des Sozialausschusses

Katja Rathje-Hoffman

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 20/3062

Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung – Ministerin für Justiz und Gesundheit

zu Drucksache 20/1771 vom 09.01.2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Sozialausschusses,

ich habe davon Kenntnis erhalten, zum vorbezeichneten Bericht Stellung zu beziehen. Obwohl ich nicht aufgefordert wurde, ergreife ich hiermit die Möglichkeit, als ehemals Betroffene von Suizidalität, meine persönliche Sicht zu schildern.

Ich möchte auf dringlich erforderliche Maßnahmen hinweisen, was die Suizidprävention angeht.

Vielen Betroffenen ist nicht bekannt, dass man sich in Lebenskrisen an den Sozialpsychiatrischen Krisendienst oder andere Beratungsstellen wenden kann, geschweige denn mal von einem Psychiatrie-Wegweiser gehört hätten.

Das Wissen, um die Hilfsangebote vor Ort stellt für mich einen wesentlichen Teil der Suizid-Prävention dar. Laut Bericht (Seite 40 + 41) kommen Suizidversuche in jüngeren Altersgruppen häufiger vor, mit auffälliger Häufung bei Mädchen und jungen Frauen. Hier könnten Wartezimmer von Hausärzten und gynokologische Praxen als Multiplikatoren von aufklärendem Informationsmaterial dienen.

Es braucht gezielte, für alle Schüler und Schülerinnen und Lehrkräfte, verpflichtende flächendeckende Aufklärungskampagnen an allen weiterführenden Schulen ab spätestens der 7. Klasse, die Hinweise darauf geben, welche niederschweligen Hilfsangebote es bei Suizidalität und Lebenskrisen vor Ort gibt. Die Fragestellungen „Wo finde ich welche Hilfe? Wie kann ich Hilfestellung geben?“ sollten hierbei eine besondere Beachtung finden.

Auch mit Blick auf die soziale Isolation von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie, sind die psychischen Folgen in der Persönlichkeits-Entwicklung noch gar nicht vollends absehbar. Deshalb halte ich es für dringend erforderlich ein eigenes Schulfach zum Thema „Mentale Gesundheit“ einzurichten. Dadurch kann die Resilienz gestärkt werden, sowie die eigene Fähigkeit einen Umgang mit Lebenskrisen zu finden. Themen wie Aggressionsbewältigung, Mobbing oder adäquater sozialer Umgang mit Mitmenschen, die Beeinträchtigungen haben oder „Anders“ sind, könnten in einem eigenen Schulfach altersgerecht zusammengefasst werden.

Aus Seite 30 des Berichts geht hervor, dass die durchschnittliche Wartezeit bis zum Therapie-Beginn 142,4 Tage beträgt. Dies zeigt deutlich die Unterversorgung an ambulanten ärztlichen und psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten an. Angesichts des unerträglichen Leidensdruckes in denen sich Betroffene befinden, ist dies ein untragbarer Zustand und führt bisweilen auch zu einer „Zwangs-Einweisung“, die die Betroffenen noch weiter traumatisieren kann.

In diesem Zusammenhang auf Selbsthilfegruppen zu verweisen (Seite 35) halte ich zwar für Sinnhaft, aber in solch einer Krisen-Situation, ist kaum ein Betroffener in der Lage diesen Schritt selbst und eigenverantwortlich zu gehen, da man sich in einem Ausnahmezustand befindet.

Peer-Projekte wie z.B. „Verrückt, na und!?“ vom Verein „Irre menschlich“ oder „EX-IN- SH“ von der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP-SH) könnten evtl. bei o.g. Vorhaben beratend zur Seite stehen. Hier hätten qualifizierte Peers die Möglichkeit, aus eigener Erfahrung zu sprechen und damit anderen Mut zu machen, dass es mehrere Wege gibt, sich Hilfe zu holen, selbst wenn man verzweifelt ist.

Für weitere Fragen oder zukünftige Stellungnahmen zum Thema psychische Gesundheit, stehe ich gern als Privatperson (Kontaktdaten sind bei der Geschäftsführung des Sozialausschusses hinterlegt) zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit sonnigem Gruß

Patrizia Pettke